

## AUFWERTUNG UND UMWERTUNG VON SORGEARBEIT & PFLEGE



“Ein würdiges Leben im Alter ist für uns unabdingbar. Die Pflege von Menschen darf weder für die Betroffenen noch für die Angehörigen zum Armutsrisiko werden. Deshalb setzen wir uns für eine solidarisch finanzierte Pflegeversicherung mit gedecktem Eigenanteil ein. Um die großen Herausforderungen im Bereich der Pflege zu bewältigen, werden wir auch eigene Akzente als Land Brandenburg setzen:

o Für die Attraktivität des Pflegeberufes sind die Entlohnung und Arbeitsbedingungen entscheidend. Deswegen haben 2013 die Wohlfahrtsverbände und ver.di auf Initiative des SPD-Sozialministers eine Absichtserklärung für die Erarbeitung und Vereinbarung von Mindestarbeitsbedingungen in der Pflege unterzeichnet. Wir wollen den Diskussionsfaden wieder aufnehmen mit dem Ziel, einen Flächentarifvertrag Pflege bzw. Mindestarbeitsbedingungen in der Pflege zu entwickeln und für allgemeinverbindlich zu erklären. Neben der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen müssen wir auch das gesellschaftliche Ansehen dieses wichtigen Berufes stärken. Mit einer Imagekampagne wollen wir mehr junge Menschen für die sozialen Berufe gewinnen.

Seit Einführung der Pflegestützpunkte können sich pflegende Angehörige professionell beraten lassen. Diese Pflegestützpunkte haben sich in Brandenburg bewährt. Wir werden sie ausbauen und die bisher feste Beratungsstruktur um ein aufsuchendes Angebot erweitern. Hierfür wollen wir insgesamt 2 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

Um auch künftig ausreichend Pflegekräfte zu finden, werden wir die Ausbildungskapazitäten vergrößern und die Pflegeschulen stärken. Dazu werden wir auch intensiv für den Pflegeberuf werben.“ S.23

“Mit der Pflege von Angehörigen leisten Familien einen unschätzbaren Beitrag für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Bei dieser emotional schwierigen und zeitintensiven Arbeit müssen wir Familien helfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Familien von Pflegekosten entlastet werden und mehr professionelle Unterstützung erhalten können.“ S.14f.



“Die Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen sicherstellen.

Infolge des sozialen und demografischen Wandels in Brandenburg nimmt die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen zu, die zu Hause versorgt werden. Wir werden dafür Sorge tragen, dass sich der Katastrophenschutz auf die damit verbundenen Herausforderungen einstellt. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Bedeutung von ambulanten Pflegediensten für die Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen bei Krisen und Katastrophen.“ S.33

“Die CDU Brandenburg setzt sich für die Errichtung eines neuen Ministeriums für Prävention, Gesundheit und Pflege ein.“ S.39

“Fachpersonal für Pflege gewinnen und unterstützen. Zu einer besseren gesundheitlichen Versorgung zählt auch die Stärkung der Pflege. Der Pflegeberuf bedarf einer grundsätzlichen Wertschätzung, an der es momentan mangelt. Hierzu gehört auch der Diskurs über einen flächendeckenden Tarifvertrag. Wir unterstützen einen solchen Vertrag und werden uns bei allen Beteiligten hierfür einsetzen. Wir wollen die Attraktivität des Pflegeberufs in Brandenburg deutlich aufwerten und die Kosten der Ausbildung durch das Land übernehmen. Darüber hinaus wollen wir die Rahmenbedingungen für das Pflegepersonal verbessern, beispielsweise durch eine umfangreiche Kinderbetreuung oder ein besseres Gesundheitsmanagement. Mit gezielten Berufsangeboten für bestimmte Personengruppen wie Alleinerziehenden, jungen Menschen und Langzeitarbeitslosen wollen wir zusätzliches Personal gewinnen. Eine Interessenvertretung für die Pflege schaffen.

Die Errichtung einer Pflegekammer wurde in einer Abstimmung aller Beteiligten im Jahr 2018 mehrheitlich befürwortet. Wir schließen uns diesem Votum an und unterstützen die Einrichtung einer Pflegekammer, in der alle Fragen der beruflichen Pflege

## AUFWERTUNG UND UMWERTUNG VON SORGEARBEIT & PFLEGE

diskutiert werden. Die Pflege verbessern, zusätzliche Plätze schaffen und Familien unterstützen. Immer mehr Menschen nehmen Leistungen aus der Pflegeversicherung in Anspruch. In Brandenburg werden viele Pflegeplätze benötigt. Daher werden wir ein Investitionsprogramm in der Pflege auf den Weg bringen. Damit sollen neue Plätze in der Pflege entstehen, insbesondere in der Tagespflege. Aber auch die Pflege durch die Familie soll künftig unterstützt und gefördert werden. Familien sind hierbei die größte und wertvollste Stütze. Personen in einer Pflegeeinrichtung sollen in Zukunft einen gedeckelten Eigenanteil zahlen. Wir werden uns hierfür gegenüber dem Bund einsetzen und zugleich der eigenen Verantwortung gerecht werden.“ S.41f.



“Ein Problem, mit dem viele Familien konfrontiert sind, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch Pflege und Beruf. Zum einen muss in den Familien Erziehungsarbeit geleistet werden, zum anderen zwingen der demografische Wandel und der Fachkräftemangel immer mehr Familien dazu, ihre Angehörigen selbst zu pflegen. Beides muss mit der Berufstätigkeit vereinbar sein und dazu braucht es gut ineinander verzahnte Rahmenbedingungen. Zudem braucht es umfangreiche Kinderbetreuungsangebote, die nicht nur die Kernarbeitszeiten abdecken. Zur Vereinbarkeit von Pflege und Familie müssen gerade im Bereich der Pflege ambulante Strukturen professionalisiert und ausgebaut werden. Der Staat insgesamt ist hier in der Pflicht, auf allen politischen Ebenen. Auch auf Landesebene kann trotz des Erreichten noch viel getan werden.

Deshalb wollen wir:

- das kinder- und familienpolitische Programm der Landesregierung mit seinen zentralen Elementen »Netzwerke für gesunde Kinder«, »Lokale Bündnisse für Familie« und den »Eltern-Kind-Gruppen« weiterentwickeln und kontinuierlich umsetzen.
- Familienverbände und Mehr-Generationen-Häuser stärken.
- zentrale Anlaufstellen für Alleinerziehende in jedem Landkreis einrichten. Sie sollen über Rechtsansprüche und Hilfsangebote informieren und bei der Beantragung staatlicher und weiterer Leistungen unterstützen.
- eine Gesamtstrategie gegen Missbrauch und häusliche Gewalt gegen Kinder erarbeiten.
- die Herstellung der Barrierefreiheit in den Brandenburger Schwangerenberatungsstellen sicherstellen<sup>[1]</sup> und eine aufsuchende Sexual- und Schwangerschaftsberatung für Menschen mit Behinderungen.
- die Förderrichtlinie zur Reproduktionsmedizin für Alleinstehende und gleichgeschlechtliche Paare öffnen sowie für alle anderen, die auf heterologe Befruchtung angewiesen sind. Die entstehenden Mehrkosten soll das Land Brandenburg tragen. Dafür werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.
- uns über eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des Familien- pflegezeitgesetzes einsetzen, damit künftig kein Angehöriger aus der gesetzlichen Krankenversicherung fällt, weil er seine Familienmitglieder pflegt.
- die landesweite Einrichtung unabhängiger Sozialberatungsstellen, die Rechtsberatung zu Sozialleistungen anbieten.“ S.31f.

„Wir wollen...

- die Anerkennung der Pflege von Angehörigen als Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Pflegearbeit soll durch zusätzliche Entgeltpunkte bei der Rente anerkannt werden.“ S.34

“Wir wollen..

- eine kostenfreie und vergütete Ausbildung für Erzieher\*innen und Heiler- ziehungspfleger\*innen durchsetzen. Aufgrund des gestiegenen Bedarfes werden wir die staatliche Ausbildung an den Oberstufenzentren stärken und flächendeckend umsetzen.“ S.38
- “Insbesondere die stationäre Pflege braucht einen verbindlichen Mindest-Personalschlüssel, mehr Zeit für die Pflege der Patient\*innen. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen verbessert werden, u. a. durch die Ermöglichung flexiblerer

## AUFWERTUNG UND UMWERTEILUNG VON SORGEARBEIT & PFLEGE

Arbeitszeitmodelle und eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte. Zur Unterstützung des Pflegepersonals brauchen wir Sozialarbeiter\*innen in den Einrichtungen.“ S.58

“Bei einer unveränderten Entwicklung würden bis 2040 allein in Brandenburg 25 000 zusätzliche Stellen in der Pflege benötigt. Berücksichtigt man die Entwicklung des Fachkräftebestandes müssten über 70 000 Menschen zusätzlich für eine Tätigkeit in der Pflege gewonnen werden. Schon 2015 hat DIE LINKE in der Landesregierung deswegen die »Brandenburger Pflegeoffensive« auf den Weg gebracht. Mit der »Fach- stelle für Pflege und Altern im Quartier«, der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Demenz sowie der Erarbeitung von Pflegedossiers für alle Landkreise und kreisfreien Städte und der Förderung innovativer Personaleinsatz- und Entwicklungskonzepte haben wir wichtige Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit der Brandenburger Pflegelandschaft gelegt.“ S.61  
Wir wollen:

- ”das Netz der Pflegestützpunkte erhalten und weiter ausbauen. Hierzu muss eine enge Abstimmung zwischen den Trägern stattfinden.
- mit der Fachstelle »Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg«, der Einrichtung eines »Kompetenzzentrum für Demenz für das Land Brandenburg«, der Erarbeitung von Pflegedossiers für alle Landkreise und die kreisfreien Städte fortführen und weiter ausbauen, um die Kommunen bei der Realisierung eines bedarfsgerechten Pflegeangebotes zu unterstützen.
- Qualifizierungs- und Kursangebote für pflegende Angehörige weiter aus- bauen; beispielgebend ist hierfür das gemeinsam mit der AOK entwickelte Modell PfiFf (Pflege in der Familie fördern).
- Sogenannte »sorgende Gemeinschaften« als zentrale Elemente lokaler Hilfs- und Beratungsstrukturen fördern, insbesondere Treffs für Senior\*innen und ihre Angehörigen.
- die psychologische Begleitung von pflegenden Angehörigen verbessern.
- mehr Plätze in staatlichen Pflege- und Gesundheitsschulen in Brandenburg schaffen und die Ausbildung kostenfrei gestalten.
- die Reform der Pflegeausbildung auch weiterhin begleiten und die notwendigen Mittel für die Umstellung der Ausbildung bei den Pflegeschulen bereitstellen.
- die Prüfmechanismen und Aufsichtsstrukturen für die Pflegequalität, aber auch zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug verbessern.
- die Diskussion über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Schaffung einer Pflegekammer in der neuen Wahlperiode zum Abschluss bringen.

Wesentliche Rahmenbedingungen im Bereich der Pflege werden auf Bundesebene bestimmt. Wir werden uns auch in der kommenden Wahlperiode konsequent dafür einsetzen, diese Bedingungen zu verbessern.

Wir wollen:

- den Bund dazu bewegen, die Hürden für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflege deutlich abzusenken.
- gegenüber der Bundesregierung auf eine einheitliche Bezahlung der Pflege und vor allem auf die Beseitigung der Lohnunterschiede zwischen ambulanter und stationärer Pflege drängen.
- einen Mindestpersonalschlüssel für die pflegerische Versorgung in stationären Einrichtungen auf Bundesebene durchsetzen.

Ebenso brauchen wir eine solidarische und gerechte Finanzierung der Pflege. Kostensteigerungen, z. B. durch höhere Löhne oder Investitionen in die Infrastruktur dürfen nicht den Pflegebedürftigen oder ihren Angehörigen aufgebürdet werden. Die Pflegeversicherung muss in diesem Sinne dringend reformiert und zu einer Pflegevollversicherung ausgebaut werden.

## AUFWERTUNG UND UMWERTUNG VON SORGEARBEIT & PFLEGE

- die Finanzierung alternativer Leistungsangebote prüfen, sofern professionelle Leistungen regional nicht verfügbar sind. So könnten z. B. Angehörige für Pflegeleistungen angestellt werden, sofern kein Pflegedienst zur Verfügung steht und ein Pflegebasiskurs absolviert wurde.
- den Dokumentationsaufwand in der Pflege verringern, um wieder mehr Zeit für die Kernaufgaben und die Arbeit mit den zu Pflegenden zu schaffen.
- die Verbesserungen der Leistungen für pflegende Angehörige u. a. durch ein höheres Pflegegeld, das Einkommensausfälle und den Pflegeaufwand ausgleicht und Renten- punkte ansammelt.
- das Bedarfsdeckungsprinzip im Pflegebereich konsequent durchsetzen und Einschränkungen beim Zugang zu professionellen Pflegesachleistungen aufheben.
- Bedingungen schaffen, die den Aufbau einer bedarfsdeckenden Pflegeinfrastruktur in öffentlicher Hand ermöglichen.“S.62f.

AfD

„Wir wollen den Fachkräftemangel in der Pflege beheben Um in Zukunft über genügend selbst ausgebildete Pflegekräfte verfügen zu können, fordern wir die Bereitstellung einer bedarfsgerechten Zahl von Ausbildungsplätzen in den Pflegeberufen. Angehende Pfleger sollen eine fundierte, praxisbezogene Ausbildung erhalten. Um dem Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken, streben wir Stipendienvereinbarungen an, mit denen eine mehrjährige verpflichtende Tätigkeit im Land Brandenburg verbunden ist. Des Weiteren wollen wir die finanziellen Rahmenbedingungen verbessern und uns unter anderem dafür einsetzen, dass die Gehälter zwischen Ost und West angeglichen werden. Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wollen wir zudem die Bildung von Betriebs- und Personalräten in Pflegeeinrichtungen unterstützen. Im Land Brandenburg sollen Kranke und Pflegebedürftige durch ausreichend viele qualifizierte und motivierte sowie der deutschen Sprache mächtigen Pflegekräfte versorgt werden können. Mit Hilfe von Landesmitteln wollen wir Arbeitgeber in der Pflegebranche finanziell unterstützen und so ein besseres Tarifniveau für unsere Pflegekräfte erwirken.“ S.22f.

„Wir wollen die Pflege durch Angehörige aufwerten Wir wollen die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige in einer vertrauten familiären Umgebung stärken und daher die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege der Eltern entscheiden können. In Deutschland werden derzeit mehr als 70 Prozent der Pflegebedürftige zu Hause gepflegt. Dabei sind die Pflegesätze für Pflegedienste in allen Pflegestufen doppelt so hoch wie die für eine Pflege durch Angehörige. Als Grundlage für die häusliche Pflege sind das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugleichen. Wir wollen die Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden.“ S.24f.



„Die pflegerische Arbeit ist sehr erfüllend, aber auch belastend: Die Arbeit ist körperlich und seelisch anstrengend, die Bezahlung schlecht. Zwischen 80 und 85 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Der Krankenstand ist weit über dem Bundesdurchschnitt. Die durchschnittliche Verweildauer im Beruf liegt bundesweit nur bei 8,4 Jahren. Der gewerkschaftliche und berufspolitische Organisationsgrad ist niedrig, die Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sind schlecht. In der Pflege gibt es weiterhin einen

## AUFWERTUNG UND UMWERTUNG VON SORGEARBEIT & PFLEGE

unterschiedlichen Mindestlohn in West- und Ostdeutschland (10,55 Euro versus 10,05 Euro), die Teilzeitquote liegt zwischen 53 Prozent und 75 Prozent. Damit ist Altersarmut vorprogrammiert. Wir wollen die Attraktivität des Berufs steigern, indem wir die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Pflege deutlich verbessern. Darüber hinaus wollen wir eine breit angelegte Imagekampagne im Land Brandenburg, um die Attraktivität der pflegerischen Tätigkeit wieder in den Vordergrund zu rücken. Für den Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land Brandenburg für eine Pflegekammer aussprechen, werden wir eine rasche Gründung der Kammer unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kammer den professionell Pflegenden ermöglicht, über Inhalte ihrer Arbeit, die Qualifikation und Zusatzqualifikationen ihres Berufs, die Einhaltung der Berufsordnung und somit auch Versorgungsqualität mitzubestimmen. Weiterhin setzen wir uns für eine vollständige Kostenfreiheit in der Ausbildung und eine angemessene Ausbildungsvergütung ein. Von Landesseite wollen wir die Ausbildung in der Altenpflege besonders fördern, um auch hier genügend Nachwuchs zu sichern. Das Angebot einer akademischen Pflegeausbildung wollen wir ausweiten. Wir möchten, dass die Pflegekräfte in Zukunft ein Stimmrecht bei der Planung und Verzahnung von sektorenübergreifenden Versorgungsfragen erhalten.“ S.62

„Wir wollen die Armut von Frauen wirksam bekämpfen. In der Regel sind es noch immer die Frauen, die unentgeltlich die Kinder versorgen, die Hausarbeit leisten und Angehörige pflegen. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden liegt sehr hoch, und Alleinerziehende sind zu über 90 Prozent Frauen. Dabei ist die Armut von Alleinerziehenden meist untrennbar mit der Armut der Kinder verbunden. Die besten Mittel gegen Frauen-, Kinder- und Altersarmut sind eine gut bezahlte familienfreundliche Arbeit oder selbstständige berufliche Existenz und die gerechte Verteilung der Erziehungs-, Pflege- und Sorgearbeit. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Eindämmung von prekärer Beschäftigung, für die Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, für existenzsichernde Mindestlöhne, für eine Kindergrundsicherung und die Verbesserung des Familienlastenausgleichs im Steuer-, Sozial- und Familienrecht ein. Auf Landesebene wollen wir Möglichkeiten zu einer weiterführenden Unterstützung alleinerziehender Frauen prüfen.“ S.90

„Da es noch immer Defizite bei der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes gibt, wollen wir in der nächsten Legislaturperiode gezielte Initiativen und Maßnahmen zur konsequenten Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes entwickeln. Wir streben eine Überarbeitung des Landesgleichstellungsgesetzes an und wollen u.a. prüfen, ob Gleichstellungsteams (eine Frau, ein Mann) dazu dienen können, Väter bei der Inanspruchnahme von mehr als zwei Monaten Elternzeit zu unterstützen. Eine paritätische Aufteilung der Familienarbeit beginnt schon bei der paritätischen Aufteilung der Elternzeit.“ S.90 f.



“Bei der Qualität und Finanzierung der Pflege im Alter sowohl ambulant als auch stationär besteht trotz positiver Entwicklungen in der Gesetzgebung insbesondere hinsichtlich einer ganzheitlichen Pflege und Betreuung und deren Finanzierung noch großer Verbesserungsbedarf.“ S.5

# AUFWERTUNG UND UMWERTUNG VON SORGEARBEIT & PFLEGE



-